

## Medienmitteilung

Ort, Datum	Ansprechperson	Telefon direkt	E-Mail
Aarau, 23. März 2023	Markus Eugster	+41 (0)62 837 18 20	markus.eugster@aihk.ch

### Dringend nötiger Effort in der Energieproduktion – trotz genereller Entwarnung

Die Lage in der Energieversorgung ist nach wie vor angespannt. Für diesen Winter sei die Versorgung mit Strom und Erdgas gewährleistet, teilt der Kanton heute mit. Doch die mittelfristige Gefahr einer Mangellage ist damit längst nicht gebannt. Auf einen milden Winter oder die französischen Kernkraftwerke zu hoffen, kann und darf kein Zukunftsrezept sein.

Trotz Entwarnung ruft der Kanton zum weiteren Energiesparen auf. Denn im kommenden Winter könnte es schon wieder knapp werden. Und je weniger Energie jetzt verbraucht wird, desto mehr kann der Winterreserve zugeführt werden.

Mit der Entwarnung für diesen Winter endet auch der regelmässige Austausch der Gruppe «Dialog Wirtschaft», in welcher sich der Kanton mit Vertretern von Arbeitgeber- (u. a. AIHK) und Arbeitnehmerseite zum Thema Versorgungssicherheit ausgetauscht hat. Der «Dialog Wirtschaft» hat sich bewährt, führt AIHK Direktor Beat Bechtold aus: «Der Einbezug der Wirtschaft bei den Konsultationen zuhanden des Bundes war ein Learning, das der Kanton aus der Coronavirus-Pandemie gezogen hat.»

Zwei wichtige Anliegen der Wirtschaft werden nun umgesetzt: Unternehmen, die über stationäre Notstromgruppen verfügen, können diese bei einer Kontingentierung und bei Netzabschaltungen ohne zeitliche Beschränkung einsetzen. «Die Aufhebung der 50-Stunden-Obergrenze war eine zwingende Voraussetzung», führt Bechtold aus und ergänzt: «Alles andere wäre in einer solchen Notsituation unrealistisch.» Ebenso wird ab kommendem Winter die verteilnetzübergreifende Kontingentierung möglich sein. Dies ermöglicht Grossunternehmen mit mehreren Standorten, einen Standort vollständig herunterzufahren und an den anderen zu 100 Prozent zu produzieren.

Trotz der Umsetzung dieser erfreulichen Massnahmen ist die grösste Herausforderung noch nicht überwunden: Die Versorgungssicherheit mit Strom ist auf mittlere Sicht nach wie vor nicht gewährleistet. Dazu kommt, dass sich die Schweiz bis 2050 von den fossilen Energieträgern verabschieden möchte. Die Nachfrage nach Strom wird also entsprechend stark steigen. Beat Bechtold kommentiert: «Im Jahr 2022 stammte 37 Prozent des in der Schweiz produzierten Stroms aus der Kernkraft. Wie dieser Strom ersetzt werden soll, ist nach wie vor offen.» Dies bedeutet konkret: Der Bedarf an Strom wird massiv steigen, gleichzeitig wird die nach der Wasserkraft grösste Form der Stromproduktion wegfallen.

Dieser Mix ist für den Wirtschaftsstandort aus mehreren Gründen gefährlich. Der AIHK Direktor erläutert: «Die künftige Stromversorgung ist die grosse Unbekannte und wird in die Entscheidung einfließen, ob und in welchen Standort man investieren soll.» Neben der ausreichenden Verfügbarkeit spielen auch die Energiepreise eine grosse Rolle. Die gestiegenen Kosten beeinflussen die Unternehmen bereits heute, und einige sind dadurch sogar in ihrer Existenz bedroht. Dies veranschaulichte die kürzlich von der der AIHK publizierte [Wirtschaftsumfrage](#).

Der Ausbau der inländischen Stromversorgung ist deshalb dringend. Dies gilt insbesondere für erneuerbare Energieträger, die heute mit Ausnahme der Wasserkraft nur einen marginalen Beitrag leisten. «Wir brauchen in der Schweizer Energiepolitik einen enormen Effort. Man muss den Ausbau endlich priorisieren und Schutzinteressen gegen das öffentliche Interesse abwägen», betont Beat Bechtold. «Ebenso gehört das Technologieverbot, gerade mit Blick auf die Kernkraft, abgeschafft.»

---

#### Über die AIHK:

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer ist die Stimme der Aargauer Wirtschaft in Politik und Gesellschaft und setzt sich für gute unternehmerische Rahmenbedingungen ein. Gleichzeitig beraten und begleiten wir unsere Mitgliedfirmen und bieten ihnen verschiedene Dienstleistungen wie Rechts- und Exportberatung, Netzwerkveranstaltungen und Seminare an. Unsere mehr als 2000 Mitgliedfirmen beschäftigen rund ein Drittel der Arbeitnehmenden im Kanton.